

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seiler Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonnr. 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einspaltige  
Peltzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 41.

Sonnabend, den 13. Oktober 1917.

21. Jahrgang.

## Das Recht und der Wille zur Mitarbeit.

In der Eingabe, die von gewerkschaftlicher Seite aus an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet worden ist, wird die Forderung aufgestellt, daß bei der Ausgestaltung unserer Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden auch die Vertreter der Arbeiter zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. Diese Forderung wird damit begründet, daß der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens auch das Interesse der Arbeiter (und Angestellten) in Anspruch nehme. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse an der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mindestens ebenso lebhaft interessiert ist, wie das Unternehmertum. Der Arbeiter mit seiner Familie ist in seiner Existenz und seiner Lebenshaltung davon abhängig, wie sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten. Es kann ihm durchaus nicht gleichgültig sein, wie sich der Uebergang in die Friedenswirtschaft vollzieht, ob wir imstande sind, wenigstens die größten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen oder ob wir noch auf lange Jahre hinaus mit einem Daniebertleben unseres Wirtschaftslebens zu rechnen haben. Dieser Uebergang wird sicherlich nicht leicht sein; er wird uns veranlassen, wegen Mangel an Rohstoffen und der Behinderung der Zufuhr großer Arbeitskräfte bringen, nachdem die Kriegsarbeiten aufgehört haben, die Lebensmittelpreise werden infolge der mangelnden Zufuhr vom Ausland bis auf weiteres noch sehr hoch sein, die Steuerlasten werden wie ein drückender Alp auf der Arbeiterklasse liegen, kurzum, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter wird wahrlich keine rosige sein. Da haben die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen zweifellos ein berechtigtes Interesse daran, daß alles geschieht, um eine baldige Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen.

Bereits vor mehreren Monaten ist ein Reichskommissar für Uebergangswirtschaft ins Leben gerufen worden, das die Vorarbeiten machen und entsprechende Maßregeln in die Wege leiten soll. Wertmindernde Maßnahmen sind in diese neue Behörde bisher nur Beamte und Unternehmer berufen worden, die Arbeiter sind völlig unberücksichtigt geblieben. Das ist nicht nur ein großer Fehler, weil man es unterlassen hat, die Sachkenntnis und die Erfahrung tüchtiger Arbeiter dem vorgezeichneten Zwecke nutzbar zu gestalten, sondern es bedeutet auch eine völlig unbedeutende Zurücksetzung der deutschen Arbeiterklasse. Leider hat man in den behördlichen Kreisen die Arbeiter noch immer nicht genügend auf der Rechnung, wenn etwas zu tun ist, so machen es die Bürokraten entweder allein, oder, falls sie sachkundige Hilfe nicht entbehren können ziehen sie die Sachverständigen und praktischen Mitarbeiter aus den Oberschichten heran. Das muß anders werden. Die Arbeiter haben auf Grund Stellung und ihrer Bedeutung in unserem wirtschaftlichen Dasein sowie auf Grund der in ihnen liegenden Kenntnisse und Kräfte ein wohl begründetes Anrecht darauf, in allen wirtschaftlichen Fragen gehört und zur Mitarbeit herangezogen zu werden. In politischen Dingen, in Staat und Gemeinde, das Mitbestimmungsrecht fordern, weil es sich dort um ihr Wohl und Wehe handelt, so wollen sie auch an der Regelung unserer wirtschaftlichen Angelegenheiten mit beratender und beschließender Stimme teilnehmen. Diese wirtschaftliche Demokratie, die eine notwendige Ergänzung der politischen Demokratie ist, wird seit Jahrzehnten von deutschen Gewerkschaften angestrebt, und es wäre sehr zu wünschen, daß der Weltkrieg in ihrer Verwirklichung beiträgt.

Diesem Recht auf Mitarbeit, das von den modernen Arbeitern geltend gemacht wird, steht natürlich die Pflicht zur Mitarbeit gegenüber. Die deutsche Arbeiterklasse den Anspruch erhebt, daß man ihr auch frei mache zur aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben, daß sie selbstverständlich auch den festen Willen haben, diese Aufgaben zu übernehmen und sich zur Aus- und Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens zur Verfügung zu stellen. Das eine ohne das andere ist ja ein Unding, ein Widerspruch in sich selbst. Die Klassenkämpfer Protestieren haben es seit Jahrzehnten als eine Kränkung empfunden, daß man ihnen überall die Tür vor der Nase zuschlug, sie noch abendrein verschonte, daß sie wohl zu tadeln und zu zurechtweisen verstanden, aber selbst nichts leisten konnten, und sie haben das Recht auf Mitarbeit gefordert, um zu zeigen, was sie zu leisten vermögen. Und nun, da man ihnen die Tür öffnet, sollten sie sich auf als Kritiker beschränken und wie schmolzende Kinder beiseite treten, anstatt Einfluß zu gewinnen suchen und den Gang der Dinge in ihrem Sinne und zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung zu beeinflussen?

Dieser Standpunkt ließ sich vielleicht rechtfertigen, solange die Arbeiterbewegung noch von einer kleinen Elite ohne Macht und Einfluß getragen wurde. Damals mochte es angebracht sein, im Reichstage „aus dem Fenster heraus zu den Massen zu sprechen“, heute wirkt ein solches Verhalten höchstens lächerlich, heute gilt es praktische Arbeit zu leisten, um wirkliche, greifbare Erfolge zu erzielen. So liegt es auf allen Gebieten unseres politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Die Arbeiterklasse will und muß zeigen, daß sie nicht nur imstande ist, über die Fehler und Mängel unserer Gesellschaftsordnung ein Strafgericht abzuhalten, sondern daß sie auch das Zeug dazu hat, positive Vorarbeiten zur Besserung unserer Verhältnisse zu machen. Gewiß ist das Kritizieren leichter als das Bessermachen, aber die zielbewußten Arbeiter, die eine neue Welt aufbauen wollen, dürfen nicht davon zurückschrecken, in mühsamer Arbeit einen Stein auf den andern zu schieben am Tempel der Zukunft. Dabei wird es natürlich ohne Mißgunst und Neid nicht abgehen und auch an Enttäuschungen wird es nicht fehlen, aber das muß mit in den Kauf genommen werden, weil es im Wege einer positiven Arbeit begründet liegt. Probieren geht über Critikieren, und es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Arbeiterbewegung würde durch hier und da vorkommende Mißgeschicke an ihrem Ansehen bei den Massen Einbuße erleiden. Am Gegenteil werden die Massen das Gegenteil sehen. „Es irrt der Mensch, so lang er strebt“ — allmählich selbst Lust bekommen zur beschwerlichen Sozialarbeit, — die Fohrl der Realpolitiker wird uns Menschen wachen. Die Erfahrung hat ja gelehrt, daß die Arbeiterbewegung nur zu mehr der Arbeiterbewegung zuträgen, je mehr praktische Gegenwartsarbeit (allerdings im Hinblick auf die Zukunft) geleistet wird, während sie den theoretischen Weltkonstruktionen und dogmatischen Spitzfindigkeiten keinen Gewinn abgeminnen.

Zelbstverständlich müssen die Realpolitiker ein stark ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl haben und jeden Augenblick gewillt sein, die Verantwortung für ihr Tun und Lassen zu übernehmen. Die Nichts-als-Critiker sind verantwortungslos und haben es leicht, bei jedem Mißerfolg höhnisch mit den Achseln zu zucken und das Erreichte hämisch zu verkleinern, aber da sich die Aufwärtsentwicklung der Menschheit nur unter Vorstößen und Rückschlägen, gewissermaßen in einer Zickzacklinie vollzieht, so geht die Entwicklung über sie zur Tagesordnung über.

Den deutschen Gewerkschaften stehen nach dem Kriege große, schwierige, aber dankbare Aufgaben bevor, die sie nur durch eifrige, planmäßige Mitarbeit zu lösen vermögen. Und sie werden diese Mitarbeit übernehmen, weil sie keine Debattierklubs sind, sondern Interessengruppen der Arbeiter und Arbeiterinnen. In diesem Interesse zum Wohle unseres Volkes werden sie sich auch nicht irremachen lassen durch die abfällige, manchmal sogar recht böswillige Kritik jener Vorkrieger, die tatlos beiseite stehen und ihren Knüttel zwischen die Beine werfen.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Ein Reichs-Elektrizitätswerk. — Verkauf der Elektrowerke A.-G. durch die A. E. G. — Eigene Energiequelle für die Reichs-Stadtwerke. — Neue Fusionen im Brauereigewerbe. — Ueberführung der Rentenversicherung für 1918/17. — Genehmigungsprozess für Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften.

Während die Schaffung eines Reichs-Elektrizitätsmonopols von den offiziellen Stellen immer noch als Problem angesehen wird, ist durch den Erwerb der Elektrowerke A.-G. das erste Reichs-Elektrizitätswerk aus der Taube gehoben worden. Die Elektrowerke waren für die Berliner Elektrizitäts-Werke (B. E. W.) verfügbar, nachdem durch die Verstaatlichung der Berliner Elektrizitätsversorgung Kohlenfelder frei wurden, die die A. E. G. als Reserven für die Elektrizitätsversorgung von Berlin vorgesehen hatten. Im Sommer dieses Jahres übernahm die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft die Elektrowerke A.-G. von den B. E. W., ihrem Tochterunternehmen. Zur Begründung dieses Wechsels wurde damals ausgeführt, daß die Elektrowerke die erwartete Rentabilitätsentwicklung bisher nicht genommen hätten, und daß die A. E. G. besser als ihre Tochtergesellschaft in der Lage sei, die fernere Entwicklung des Unternehmens, das noch erhebliche Geldmittel erfordern werde, abzuwarten. Nach der Stellung des „Berliner Tageblatts“ lagen die mit den Elektrowerken gemachten Enttäuschungen nicht oder nicht vorwiegend in den natürlichen industriellen Bedingungen der Werke, sondern in ungünstigen, auf einer falschen Kalkulation beruhenden Verträgen, deren Abänderung im günstigen Sinne oder deren vorzeitige Aufhebung nur durch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium zu erreichen waren, wobei allerdings lange Fristen vorausgesetzt werden mußten.

Der Ablauf des schon erwähnten Vertrages der B. E. W. mit der Stadt Berlin unter dem Namen der Gesellschaft die Zusammenbau der ihr gehörigen Braunkohlengrube Gatzow-Rehms durch die Elektrowerke zur Energieerzeugung im Dienste der Reichs-Stadtwerke, für deren Betrieb der Reichsfinanzministerium die Elektrowerke A.-G. jetzt durch den Kauf der gesamten Aktien erwirbt. In der Mitteilung der A. E. G. über den Verkauf wird bemerkt, daß die Bedingungen der A. E. G. „mäßige Opfer auferlegen“ für die Vorzüge getroffen sei. Den Verlusten, die die A. E. G. bei dem Verkauf erleidet, steht, wie es folgt, der Vorteil gegenüber, daß sie sofort die Verfügung über ein sehr erhebliches Parkapital zurückerhält, das andernfalls jahrelang unverzinst in den Elektrowerken festgelegt wäre; das dabei in Betracht kommende Kapital wird 15 Millionen Mark erreichen, wovon etwa 40 Millionen Mark als Vorzüge entfallen, die das Reich bei dem Kauf der Aktien abläßt.

Die Elektrowerke sollen auch als Aktiengesellschaft fortgeführt werden, das Reich wird allein Aktionär sein, so daß die Verstaatlichung erfüllt ist. Durch die Uebernahme von Aktiengesellschaften in dieser Form haben Bundesstaaten und vor allem zahlreiche Kommunen schon mehrfach industrielle Anlagen erworben. Zumeist liegt auch kein Anlaß vor, nach dem Uebergang diese Betriebsformen umzuändern, die auch für den Staatsbetrieb mancherlei Vorteile bietet.

Der Zusammenlegung von Brauereien, über die an dieser Stelle berichtet worden ist, haben die Großbrauereien beinahe ausschließlich durch zahlreichere Fusionen bis in die jüngsten Tage hinein laßfertig vorgebehalten. Jetzt nimmt die Schlußphase der Brauerei abermals den Anlauf einer Berliner Brauerei vor. Sie kündigt an: Verkauf und Aufsichtsrat der Schultheiß-Brauerei A.-G. sowie der Spandauerberg-Brauerei vorm. C. Beckmann A.-G. haben beschlossen, den auf den 23. Oktober einberufenen außerordentlichen Generalversammlungen ihrer Gesellschaften die Genehmigung eines Verschmelzungsvertrages vorzuschlagen, nach welchem das Vermögen der Spandauerberg-Brauerei als Ganzes unter Anschluß der Liquidation auf die Schultheiß-Brauerei derart übergeht, daß gegen nominell 4 Millionen Aktien der Spandauerberg-Brauerei nominell 2 Millionen Mark neu auszugebende Aktien der Schultheiß-Brauerei gewährt werden. — Bereits zu Beginn des Jahres 1914 sollte diese Fusion betrieben werden. Das Geschäft verzögerte sich indes, um jetzt mit Erfolge von neuem aufgenommen zu werden. Das Aktienkapital der Schultheiß-Brauerei wird nach der Erhöhung um 2 Millionen 17 Millionen Mark betragen. Die letzte Kapitalerhöhung um 1 Millionen Mark erfolgte im Februar 1914; damals wurde die Berliner Union-Brauerei von Schultheiß aufgenommen. Vor einigen Monaten ließ es, daß von Schultheiß auch die Aufnahme der Münchener Proseher's-Aktiengesellschaft betrieben werden; inzwischen ist über die Verhandlungen nichts Näheres bekannt geworden; daß wurde von der Münchener Brauerei A.-G. in einem der nächsten Tage eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die sich mit der Ermächtigung zum Zusammenstoß mit anderen Brauereibetrieben befassen soll. In jedem Falle dürfte gerade im Hinblick auf die Zusammenlegungsaktion im Brauereigewerbe der Konzentrationsprozess weitere Fortschritte machen, und zwar erstreckt sich diese Bewegung nicht nur auf Berlin. So hat unter anderem die Meinung vor, daß ein Kommando der Preussischen Brauerei, der Vereinsbrauerei Fernreisen und der Stadtwerke,

Lagerbierbrauerei in Hannover sämtliche Anteile der Germania-Brauerei an demselben Orte übernimmt.

Wie zu erwarten war, ergeben die Abschüsse der großen Montangesellschaften für das Jahr 1916/17 glänzende und gegen das Vorjahr abnormals wesentlich gesteigerte Ergebnisse. Die Zunahme der Gewinne tritt weniger in den Dividendenberechnungen hervor: erhebliche Teile der Mehrgewinne werden zu innerer Stärkung der Unternehmen benutzt. Die Ausweise der führenden Werke ergeben bei einem Vergleich der Hauptziffern folgendes Bild:

Jahr	Phönix in Hörde, Aktienkapital 106 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	60	16,7	19,5	20 Proz.
1915/16	47	14	9,2	20

Jahr	Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Aktienkapital 130 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	40	25	1,2	10 Proz.
1915/16	32,6	23	0,2	7

Jahr	Rammesmann-Röhrenwerke, Aktienkapital 72 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	50,2	12,8	9	18 Proz.
1915/16	31,2	3,9	6,2	15

Jahr	Rheinische Stahlwerke, (auf erhöhtes) Aktienkapital 60 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	22 1/2	9	6	12 1/2 Proz.
1915/16	12,3	7,2	0,3	16

Jahr	Lothringer Hüttenverein Runcch-Friede, Aktienkapital 58 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	20,4	12,4	0,7	10 Proz.
1915/16	13,8	6,6	0,7	10

Jahr	Sachmer Verein, Aktienkapital 36 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	22,9	5,3	?	25 Proz.
1915/16	22,6	5,3	6	25

Jahr	Eisen- und Stahlwert Hölz, Aktienkapital 28 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	27,6	10,2	8,5	24 Proz.
1915/16	13,6	5	2,6	20

Jahr	Vereinigte Königs- und Laurahütte, Aktienkapital 36 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	17	7,1	?	12 Proz.
1915/16	11,3	6	1,3	10

Jahr	Bismarckhütte, Aktienkapital 16 Millionen:			
	Rohgew.	Abschreib.	Bei. Rückl.	Divid.
1916/17	17	10,5	1,3	30 Proz.
1915/16	11,8	4,9	1,2	25

In dem Geschäftsbericht erklärt die Verwaltung der Phönix-Aktiengesellschaft, daß der Gewinn zum großen Teil mitterteilt ist auf Kosten einer Verminderung der Bestände, einer Wertminderung vieler Betriebsanlagen infolge ungewöhnlicher Inanspruchnahme bei unzureichender Unterhaltung, der Einweisung von Neubauten, der Unterlassung weitreichender Aus- und Vorrichtungen bei den Werken, sowie ähnlicher durch den Krieg bewirkter Rückschläge. Die nach Friedensschluß möglichst bald mit allen verfügbaren Mitteln wieder eingeholt werden müßten. Selbst unter Berücksichtigung aller dieser Umstände befanden die ausgewiesenen Ziffern eine Rentabilität, die auch frühere Erwartungen übertraf.

Um Belastungen des Kapitalmarktes durch unzeitgemäße Ausgabe von Industriekrediten vorzubeugen, wurde die Zustimmung getroffen, daß während des Krieges die Zulassung von Aktien, deren Ausgabe ohne Genehmigung der Reichsbank erfolgte, zum Fortbestand unterliegt wird. Der mit dieser Anordnung angeordnete Zweck ist vielfach nicht erreicht worden, ganz abgesehen davon, daß der so betriebene Versuch zur Einschränkung unzeitgemäßer Kapitalerhebungen reell auf schwachen Füßen stand. Rummel soll eine neue gesetzliche Bestimmung bevorzugen, wonach künftig die Gründung von Aktiengesellschaften und die Ausgabe von neuen Aktien durch bestehende Gesellschaften nur unter Zustimmung der Regierung erfolgen darf. Ein Urteil über diese Regelung wird erst zu fällen sein, wenn die Ausführungsbestimmungen eines solchen Genehmigungszwanges vorliegen.

Berlin, 1. Oktober 1917.

Julius Kallisch.

## Die Ruhr.

Von verheerenden Seuchen, die in früheren Zeiten regelmäßig Pestepidemien der Art waren und oft mehr Menschen wegrafften als den Kriegswaffen zum Tode geföhrt waren, sind wir während dieses Weltkrieges im wesentlichen verschont geblieben. Das ist ein Erfolg der besseren Gewinne des Westens der Krankheiten, die es uns ermöglicht, nicht nur die ausgebrochene Krankheit nachdrücklicher zu bekämpfen, sondern auch dem Ausbruch von Epidemien von vornherein vorzubeugen. Günstig haben sich allerdings Pestepidemien nicht verhindern lassen, und gegenwärtig tritt die Ruhr in verschiedenen Gegenden ziemlich hart auf.

Die Ruhr ist eine ansteckende Krankheit. Sie wird durch Bakterien hervorgerufen, die sich im Darm ansiedeln und die Verdauung des Nahrungsmittels durch die Krankheitserreger überaus werden. Zuerst der Aufnahme des Krankheitskeims und dem Ausbruch der Krankheit liegen oft nur wenige Stunden. Der Kranke leidet zunächst über Nacht an Stuhlgang. Dem folgen sich bald unter heftigen Leibschmerzen heftige Durchfälle, die im schweren Stadium bis zu 20 Stühlen im Laufe des Tages ansteigen können. Die Ruhr ist eine gefährliche Krankheit, die durch die Ruhr in verschiedenen Gegenden ziemlich hart auftritt.



Der Verhütung der Ruhr ist peinliche Sauberkeit das erste Erfordernis. Die Entseuerungen des Kranken müssen sofort desinfiziert und beseitigt werden. Wer irgendwie mit dem Kranken zu tun hat, muß sich in genaue Grundregeln halten: das ist eine Lehre, die sich ganz besonders bei den Säuglingen einprägen muß, die einem Kranken in der Familie haften.

Die Vermeidung von unheimlichem Eßtrick wie oft bekannt wird, zur Verhütung der Ruhr beitragen, mag dahingehört sein; ratsam ist es jedoch nicht, ein großes Genüß zu enthalten. An Gegenständen, in denen Ruhrkeime sich leicht bilden, muß sich auf Eßtrick und Gewürzen, die zum Kochen gehen, besonders zu achten sein. Deshalb empfiehlt es sich, Eßtrick nur in gutem Zustand zu genießen. Gewürze sind zu kochen zu trinken. Das die Art der Nahrung der Patienten zu wählen, insbesondere des Brotes, der Butter, der Milch, des Joghurts, wird bestimmt, wird wahrscheinlich von Natur aus bei anderen Ruhrarten aber sehr, daß die Ernährungsmittel, unter denen zu wählen, die Widerstandskraft des Körpers und des Verdauungsvermögens erleichtern, sein Werk zu verrichten.

Als Verhütung der Ruhr und anderer Krankheiten in viel höherem Maße, was immer mehr erkannt wird, die Zubereitung einer unbedenklichen Nahrung. Die Fütterung ohne die Mischungsfrage ist also auch aus hygienischer Hinsicht zu beachten. Das wichtigste ist aber vor allem die Sauberkeit.

Die Küche behandelt neuerdings die Ruhr mit einem Serum, das den Kranken eingeblasen wird. Als ein wirksames Mittel gegen die Ruhr haben sich die „Kochsalz-Nachrichten“ von Bremererkrankten empfohlen. Die Wurzel der einfachen Brombeere wird in einem Wasser zerstampft und getrocknet. Am besten kann man sie in einem Wasser zerstampfen. Von der getrockneten Wurzel schme man ein halbes Liter Wasser eine halbe Tasse, kochte sie 20 Minuten lang auf dem Feuer, dann den Rest so hoch wie möglich. Sollte der Saft zu dick werden, so muß er verdünnt werden, so daß man ihn nicht abschmecken, sondern nur die Wurzel und auch noch die zweite Tasse Tee. Er darf nur ohne Zucker getrunken werden. Die zweite Tasse Tee muß in sich halten können, so daß man sie nicht abschmecken, sondern nur die Wurzel entsprechend schmücken. Am besten ist es, wenn man die Wurzel in einem Wasser zerstampft und getrocknet. Am besten kann man sie in einem Wasser zerstampfen. Von der getrockneten Wurzel schme man ein halbes Liter Wasser eine halbe Tasse, kochte sie 20 Minuten lang auf dem Feuer, dann den Rest so hoch wie möglich. Sollte der Saft zu dick werden, so muß er verdünnt werden, so daß man ihn nicht abschmecken, sondern nur die Wurzel und auch noch die zweite Tasse Tee. Er darf nur ohne Zucker getrunken werden. Die zweite Tasse Tee muß in sich halten können, so daß man sie nicht abschmecken, sondern nur die Wurzel entsprechend schmücken.

### Rundschau.

Auszeichnungen. Der Kollege Zimmermann aus der Zahlstelle Dülmen hat das Eisene Kreuz II Klasse erhalten.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits. Die unheimliche Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeits.

gereicht werden. Die Mutter muß durch besondere Umstände in eine außerordentliche Notlage geraten sein, und sie darf außer der Kriegsunterstützung und Wochenhilfe keine andern Einnahmen oder Vorteile haben.

Die Gesuche müssen an die Geschäftsstelle für Kriegsfürsorge der Kronprinzessin, Berlin W. 62, Wichmannstraße 20, gerichtet werden und können bei den Magistraten und auf dem Lande an das Landratsamt zur Weiterreichung eingeleitet werden. Dokumente, Urkunden, Geburtsurkunde dürfen nicht mitgeschickt werden.

Familienunterstützung neben Hinterbliebenenrente. Beim Tode von Kriegsteilnehmern erleiden die Witwen nicht selten dadurch einen Ausfall an ihren Einkünften, daß die Hinterbliebenenrente niedriger ist als die bis dahin bezogenen Familienunterstützungen. Dieser konnte dieser Verkleinerung der Lage der Hinterbliebenen nur im Falle der Bedürftigkeit durch besondere Unterstützung entgegenwirkt werden. Familienunterstützung konnte dagegen neben der Hinterbliebenenrente niemals gewährt werden. Nunmehr hat sich die Reichsfinanzverwaltung in Anbetracht der herrschenden ungewöhnlichen Lagen damit einverstanden erklärt, daß Kriegswitwen neben der Hinterbliebenenrente noch Familienunterstützung für einen nach im Jahre lebenden Sohn erhalten können, wenn der Sohn die Mutter bereits vor seinem Eintritt in den Kriegsdienst unterlitten hat, und wenn diese durch den Fortfall der Unterstützung des Sohnes noch in einer Notlage geraten ist.

Die Kosten der Ernährung. Der Anstieg der Höhe der Kosten für die Ernährung auf Grund des Preisrückgangs der wichtigsten Nation des deutschen Marinevolkens in Friedenszeiten zeigt, bezogen auf den Monat Juli im Durchschnitt von etwa 200 Pfennigen auf 55,26 M. Gegenüber dem Vormonat ist eine Steigerung von 0,92 M. eingetreten. Diese Verteuerung ist hauptsächlich durch das höhere Ansehen der Kartoffelpreise veranlaßt. Die Preise für neue Kartoffeln lösten die Preise für alte ab. Bergleitet man die Indizes für die einzelnen Landespreise, wie sie für die berichtenden Monate ermittelt wurden, so ergibt sich, daß die Rheinprovinz mit 61,66 M. am höchsten steht. Ueber dem Reichsindex stehen dann der Reihe nach: Hessen-Nassau mit 58,34 M., Westfalen mit 58,17 M., Ost- und Westpreußen mit 57,23 M., Berlin und Preußen mit 57,06 M., Nord- und Ostpreußen mit 56,76 M., Elberberg mit 56,50 M. und das Königreich Sachsen mit 55,28 M. Unter dem Reichsdurchschnitt stehen: Pommern mit 54,96 M., Brandenburg ohne Berlin mit 54,66 M., Schleswig-Holstein mit 54,66 M., Ostpreußen mit 53,60 M., Provinz Sachsen mit 53,34 M., Anhalt mit 52,25 M., Hannover mit 51,86 M., Thüringische Staaten mit 51,54 M., Westpreußen mit 51,30 M., Baden mit 51,06 M., Schlesien mit 51,02 M., Preußen mit 50, Bayern mit 49,52 M., Lippe mit 47,84 M. und Württemberg mit 47,54 M.

### Revisoren!

Prüft die Quartalsabrechnungen sorgfältig und vergleicht im besonderen das Kassenkonto mit dem Quartalskonto. Vergleicht aber auch auf Grund des gedruckten Geschäftsberichtes Einnahme, Ausgabe und Kassenbestand des Jahres 1916.

### Die Volkspflege im Kriege.

Der Versicherungsbestand der Volkspflege betrug am Schluß des Jahres 1913, also nach knapp halbjährigem Geschäftsbetrieb, schon 70.125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12.012.068 Mark. Bis zum Kriegsausbruch, 1. August 1914, gingen neu ein an Versicherungsanträgen 93.561 mit einer Versicherungssumme von 15.617.218,50 M. Der Versicherungsbestand Ende Juli 1914 betrug somit schon 163.686 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 27.629.286,50 M. Der Kriegsausbruch bewirkte naturgemäß eine Steigerung der Verarbeitbarkeit und des Neuzugangs. Vom 1. August bis 31. Dezember 1914 konnten nur noch 4.152 Versicherungsanträge eingebracht werden. Der gesamte Neuzugang im Jahre 1914 betrug 124.805 Versicherungen mit 20.504.125 M. Versicherungssumme und trotz des durch den Ausbruch des Krieges eingetretenen erheblichen Abgangs schloß das Jahr 1914 mit 167.838 Versicherungen auf 26.615.271 M. Versicherungssumme ab. Im Jahre 1915 liegt die Zahl der Neuanträge auf 10.560 mit über 2.000.000 M. Versicherungssumme. Der Bestand seit abgeschlossener Verjährung betrug Ende 1915 171.312 Versicherungen mit 24.473.920 M. Versicherungssumme. Am Kriegsjahr 1916 zeigte sich ein Neuzugang. Der gesamte Zugang an Versicherungen lag auf 26.952, so daß am Ende des Jahres 1916 ein Bestand an 191.736 seit abgeschlossener Verjährung mit 28.468.020 M. Versicherungssumme zu verzeichnen war. Die so während der ganzen Kriegsdauer zu konstatierende Weiterentwicklung hat im Jahre 1917 noch eine weitere Steigerung erfahren. Bis zum 31. Juli d. M. waren schon wieder 20.286 Anträge zur Bearbeitung gebracht worden. In der nunmehr abgelaufenen dreijährigen Kriegszeit sind somit im ganzen 58.504 Neuanträge mit 12.587.174 M. Versicherungssumme eingebracht worden.

Der ständigen Entwicklung des Neuzugangs entspricht auch die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft. Die Prämienannahme, die im ersten halben Jahre — 1. Juli bis Ende Dezember 1915 — 180.492,56 M. betrug, liegt im Jahre 1914 auf 2.005.915,06 M. und im Jahre 1915 auf 2.557.553,25 M. Die Zinsen, die im Jahre 1915 25.126 M. betragen, liegen 1914 auf 68.651,59 M., im Jahre 1915 auf 145.934,02 M. und im Jahre 1916 auf 221.888 M. Der Gewinn, der Ende 1915 65.086,22 M. betragen hatte, liegt 1914 auf 171.947,91 M., 1915 auf 148.513,79 M. und 1916 auf 217.121,27 M.

Die Aktivseite der Volkspflege (Bewertungen und Genossenschaft) haben in den Jahren 1913, 1914 und 1915 auf die ihnen jagungsgemäß zuteilgehende Verzinsung von jährlich 40.000 M. zugunsten der Versicherer verzichtet, und zwar im Jahre 1913 zugunsten der Genossenschaft und in den Jahren 1914 und 1915 zugunsten des Kriegsfürsorgefonds. Es war somit der Volkspflege möglich, trotz dem Krieg die Forderungen der Versicherer zu erfüllen zu können, daß jetzt der Genossenschaftsfonds, aus dem die zur Auszahlung gelangenden Versicherungsleistungen erfüllt werden, auf 4.463.665,55 M. angewachsen ist. Der Kriegsfürsorgefonds, der drei Monate nach Schluß des Krieges unter die Angehörigen der im Krieg gefallenen Versicherer zur Verteilung kommt, beträgt 12.212,51 M. Der gesetzliche Reservefonds ist auf 30.212,51 M. und der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve ebenfalls auf 30.212,51 M. angewachsen.

### Literarisches.

Der Hildebrandt. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Harry Schlegel im Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin SW 65. Der Hildebrandt ist eine der besten und interessantesten Zeitschriften der sozialistischen Bewegung in Deutschland. Dr. Adolf Koester: Was ist aus der Zukunft der Frauen werden? (Emil Roth: Stichprobe aus unter auswärts Welt! Martin Friedrich: Der Kampf um die Welt. Wilhelm Schumann: Vom Kriegsvertrag zum Landkrieg. Gustav Bauer: Was ist der Krieg? Heinrich Reich: Die Welt der Frauen. — Preis: 10 Pf. Vierteljährlich 3,50 M. für den Postbezugspreis und Postkosten.

Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Harry Schlegel im Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin SW 65. Der Hildebrandt ist eine der besten und interessantesten Zeitschriften der sozialistischen Bewegung in Deutschland. Dr. Adolf Koester: Was ist aus der Zukunft der Frauen werden? (Emil Roth: Stichprobe aus unter auswärts Welt! Martin Friedrich: Der Kampf um die Welt. Wilhelm Schumann: Vom Kriegsvertrag zum Landkrieg. Gustav Bauer: Was ist der Krieg? Heinrich Reich: Die Welt der Frauen. — Preis: 10 Pf. Vierteljährlich 3,50 M. für den Postbezugspreis und Postkosten.

vermag sich nur selten ein Bild von den gemeldeten Ereignissen zu machen. Die oben angelegte Schrift von H. G. Berow — ein Neuborn, hinter dem sich ein bekannter russischer Sozialist verbirgt — will ihm die nötigen Vorarbeiten zum Verständnis der heutigen revolutionären Bewegung in Rußland vermitteln. In knapper, populärer Weise schildert sie die sozialen und politischen Zustände Rußlands vor dem Beginn des Weltkrieges, die Kriegshoffnungen und Kriegsbefürchtungen der leitenden Kreise, die Maßnahmen der militärischen Niederlagen auf das politische Leben, die Zersetzung des russischen Staates, den Ausbruch der Revolution, die Revolutionenkämpfe in Petersburg, Moskau und in den Provinzen, die Errichtung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates sowie der provisorischen Regierung, die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien, den Zusammenbruch der Offensive in Galizien, die Umbildung der provisorischen Regierung unter Kerenski Diktatur usw. Beigebogen sind dem Text eine Reihe historischer Darstellungen aus dem politischen Leben Rußlands sowie Porträts hervorragender Politiker und Revolutionäre.

### Zur Lohnstatistik.

Die in den Mitgliedbüchern angelegten Lohnstatistiken sind für die Jahre 1915 und 1916 von einigen Zahlstellen eingeleitet worden. Trotzdem diese nicht vollständig und recht mangelhaft ausgefüllt sind, lassen sie doch recht interessante Schlüsse zu. Einmal geben sie ein Bild über die Lohnhöhen in den Zahlstellen, und zum anderen ist die Steigerung von 1915 zu 1916 recht augenfällig festzustellen, und zeigt sich, daß in unserer Industrie die Steigerung der Löhne der Steigerung der Lebenshaltung durchaus nicht entspricht. Eine solche Statistik ist auch der einzige stichhaltige Beweis, den man bei Lohn- und Tarifverhandlungen in Händen hat gegenüber den von den Unternehmern bei solchen Gelegenheiten präsentierten Lohnminderungen. Das sollte den Verbandsmitgliedern gerade Grund genug sein, einiges Gewicht und Sorgfalt bei der Ausfüllung dieser Statistik anzuwenden.

Hierbei ist auf folgendes hinzuweisen: Von den eingeleiteten Statistiken sind eine Anzahl, wo nur die Lohnsummen angegeben sind, die Arbeitstage fest. Diese sind für unsere Zwecke fast nicht zu gebrauchen, denn gerade die Arbeitstage sind die Hauptfrage. In einer Reihe von Orten gibt es zwei- und mehrtägige Lohnzahlungsperioden; auch hier sind die tatsächlichen Arbeitstage in der Lohnzahlungsperiode anzugeben.

Einige Kollegen haben die Arbeitsstunden angegeben; auch das ist nicht richtig, da die Arbeitstage in den verschiedenen Orten nicht gleich lang sind. Halbe Tage sind mit anzugeben, Viertelstage sind mit anderen zusammenzurechnen. Notwendig ist, daß jeder sich nach den vorangezeichneten Rubriken richtet, Zahl der Arbeitstage, der Lohnzahlungsperiode, der Lohnbetrag nach Wert und Pfennig, Zahl der Kranken- und Arbeitslosentage, um auch diese bei der Ausarbeitung der Statistik mit in Berechnung ziehen zu können.

Kollegen! Wenn beweiskräftiges Material für die Darstellung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden soll, dann müßt ihr euch schon am Lohnzahlungsstage der kleinen Wäse unterziehen und einen Bleistift in die Hand nehmen, und nachdem ihr eure bezahlte Beitragsmarkte in das Mitgliedsbuch eingepappt, hinten in die laufende Wochenrubrik den Lohn und die Kranken-, Arbeits- und Arbeitslosentage eintragen. Es muß das auch allemal gleich getan werden, denn auf später verschoben, habt ihr das nicht mehr im Gedächtnis. Die Verbandsleitung erwartet für 1917 eine bessere, lückenlosere Statistik, dann bedarf es auch keiner Zwangsmäßigkeit. Der Vorstand.

### Gau Hannover.

Der Gauleiter Paul Biewig nimmt am 15. d. M. seine leitertätigkeit in Hannover wieder auf. Alle Korrespondenten der Quartalsabrechnungen sind von nun an wieder Adresse, Hannover-Döhren, Weststraße 7, zu richten.

### Adressen-Veränderung

Eisenach. Vorl. u. Kass.: August Nowig

### Anzeige

Wir suchen zur Leitung unserer Mannschaften einen tüchtigen Vorarbeiter, der befähigt ist, dieser Abteilung vorzustehen. Verehrte Fichtelgebirgs-Granit- u. Wunstedel in Baye

### Steinmetz

für dauernde Arbeit im Steinbruch Grenz. Sächsische Steinindustrie A. Sch. Pirna a. Elbe

### Im Felde gejagt

find nachstehende Kollegen: Hermann Bladock, 36 Jahre alt, in Halle a. S. Max Schürer, 37 Jahre alt, aus Dresden-Pirna. Otto Danne, 26 Jahre alt, aus Braunschweig. Gustav Gebauer, 35 Jahre alt, in Halle a. S. Edward Horn, 31 Jahre alt, und G. 20 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle. Ehre ihrem Andenken! (Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung im Felde Gefallenen das Todesangabeformular ausgefüllt werden.)

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.) In Dresden-Pirna am 21. September der Sandheilmeyer Friedrich Keese, 47 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Königshausen am 26. September der Pfarrerheimmacher Karl Strangfeld, 61 Jahre alt, an Herzschlag. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Biewig, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck des Leipziger Buchdruckers-Verbands.